

## 10.1 Allgemeine Angaben zur Abwasserwirtschaft

Anlagen:

- 10.1-Allgemein Abwasserwirtschaft.pdf

Kapitel 10.1	Allgemeine Angaben zur Abwasserwirtschaft
--------------	---

### 10.1.1 Wasserbedarf im Betrieb

Der Wasserbedarf der im Rahmen der 1. Teilgenehmigung (TG) errichteten neuen Rauchgasreinigungsanlage besteht aus den beiden Quenchwässern der Reaktionsstrecken vor den Gewebefiltern 1 & 2. Hier besteht ein Bedarf von insgesamt 550 l/h. Bei einer maximalen Betriebszeit von 8.760 h/a ergibt dies einen Wasserbedarf von ca. 4.800 m<sup>3</sup>/a.

In der zukünftigen Gesamtanlage (Verbrennungslinie, 2. TG) wird, wie bereits genehmigt, Brunnenwasser, Permeat aus der Sickerwasserreinigungsanlage die auf dem Entsorgungsstandort Schöneiche der MEAB betrieben wird, und Trinkwasser in der Wasseraufbereitungsanlage aufbereitet und als Prozesswasser genutzt.

Dieses wird vor allem für den Wasser-Dampf-Kreislauf verwendet. Der ECO der neuen Rauchgasreinigungsanlage wird aus dem Dampf- und Kondensatsystem gespeist. Eine höchstmögliche Kreislaufführung wird angestrebt, um den Wasserbedarf der Gesamtanlage bestmöglich zu mindern.

Der geschätzte Wasserbedarf der neuen Gesamtanlage besteht aus den oben genannten Quenchwässern, aus dem VE-Wasser, aus dem Wasser-Dampf-Kreislauf von 1.000 l/h und aus dem Einspritzwasser im Ofen. Für Letzteres wird allerdings ausschließlich am Standort angenommenes oder entstehendes Abwasser genutzt, sodass diese Menge nicht in die Frischwasserbilanz einfließt.

Somit ergibt sich der zukünftige Gesamt-Wasserbedarf von 1.550 l/h.

Bei einer maximalen Betriebszeit von 8.760 h/a ergibt dies einen zukünftigen Wasserbedarf für die neue Verbrennungsanlage von ca. 13.600 m<sup>3</sup>/a.

### 10.1.2 Abwasseranfall im Betrieb

Im Rahmen der 1. Teilgenehmigung (Errichtung Rauchgasreinigung) ergeben sich keine Änderungen am Abwasseranfall der Gesamtanlage.

Die Rauchgasreinigung arbeitet als trockene Rauchgasreinigung, sodass hier keine Abwasserströme anfallen.

Die bestehende Schmutzwasserentsorgung der Gesamtanlage bleibt unverändert.

Im Rahmen des Gesamtvorhabens (2. Teilgenehmigung) fällt ein neuer Abwasserstrom bei der Absalzung im Kessel an. Die Menge beträgt ca. 770 l/h.

Alle Abwasserströme werden dem Schmutzwasserkanal per Indirekteinleitung zugeführt werden. Ein Antrag auf Indirekteinleitung wird dem Antrag zur 2. Teilgenehmigung beiliegen.

### **10.1.3 Niederschlagsentwässerung**

Eine Niederschlagsentwässerung ist am Standort bereits vorhanden und wird im Rahmen der 1. TG nicht verändert.

Die Einleitung von Niederschlagswasser in ein Oberflächengewässer muss den Vorgaben der DWA A 102 (Teil 2) entsprechen. Anfallendes Oberflächenwasser auf Dachflächen ist nach dem Regelwerk nicht vorbehandlungspflichtig. Oberflächenwasser auf Verkehrsflächen etc. wird vorbehandelt (der DWA A 102 folgend). Das gesamte anfallende Oberflächenwasser wird in einem Rückhalteraum zwischengespeichert und anschließend gedrosselt in den Galluner Kanal eingeleitet. Vor dem Hintergrund der wassersensiblen Standortentwicklung wird im Rahmen der Planung geprüft, inwieweit angefallenes und vorbehandeltes Oberflächenwasser als Brauchwasser eingesetzt werden kann. Das Niederschlagswasser der AwSV-Flächen wird dem Schmutzwasserkanal zugeführt.

Im Rahmen der Planungs- und Beratungsleistungen für die Errichtung einer neuen Verbrennungslinie der Sonderabfallverbrennungsanlage (SAV) Schöneiche (2. TG) erfolgt u.a. die Planung verschiedener Ver- und Entsorgungsmedien für den Betrieb der Anlage. Weiterhin ist die Bewirtschaftung von anfallendem Oberflächenwasser unter Berücksichtigung des Bestandes und der rechtlichen Anforderungen zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund ist ein Konzept für die wassersensible Standortentwicklung erstellt worden. Im Rahmen der Konzepterstellung wurden die ortsspezifischen Randbedingungen erfasst und die der Planung zugrundeliegenden Regelwerke zusammenfassend dargestellt. Das Ergebnis dieser Betrachtung ist, dass das anfallende Oberflächenwasser vor Ort nicht einer Versickerung zugeführt werden kann. Somit erfolgt die Sammlung und der Transport von Oberflächenwässern über ein zu errichtendes Ableitungssystem. Aufgrund der gedrosselten Einleitung in den Galluner Kanal ist weiterhin ein Rückhalteraum zu bemessen. Für den Schutz der Ressource Wasser wird im Rahmen der Planung die Nutzung von Oberflächenwasser für die einzelnen Prozesse planerisch berücksichtigt.

Als Ergebnis dieser Vorbetrachtungen wurde das Konzept der zukünftigen Bewirtschaftung des anfallenden Oberflächenwassers (Abb. 1) mit der Märkischen Entsorgungsanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (MEAB) und der zuständigen Unteren Wasserbehörde vorgestellt.

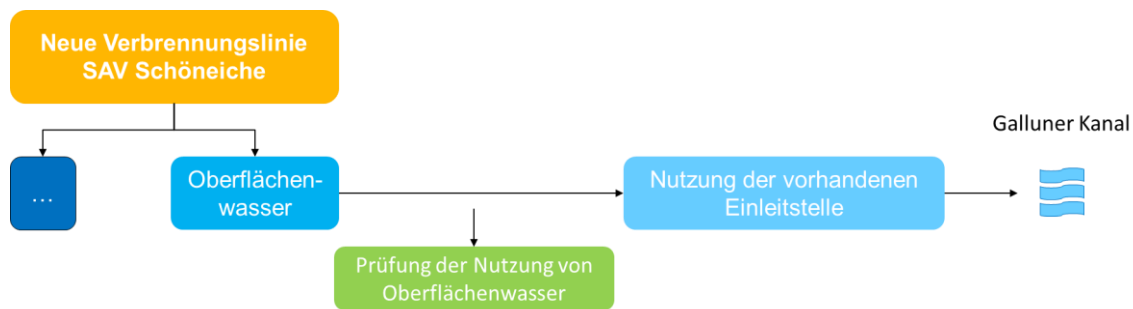


Abbildung 1: Konzept zur wassersensiblen Standortentwicklung

Dieses Konzept berücksichtigt die Anforderungen hinsichtlich des nachhaltigen Umgangs mit der Schutzgut Wasser und die Sicherstellung des Entwässerungskomforts für den Bereich der Sonderabfallverbrennungsanlage Schöneiche.

Weiterführend wurde dem AG und der zuständigen Unteren Wasserbehörde das Bearbeitungskonzept und der Umfang der notwendigen Nachweisverfahren (DWA A 117, DWA A 102, DIN 1986-100 usw.) vorgestellt.

Der Abgleich mit den Anforderungen an die Antragsunterlagen der wasserrechtlichen Zulassung für die SAV Schöneiche ergab, dass die bereits stattfindenden bzw. geplanten Arbeiten den Anforderungen des Landkreises Dahme Spreewald (Brandenburg) vollumfänglich entsprechen und die Genehmigungsfähigkeit der notwendigen wasserrechtlichen Antragsverfahren – bezugnehmend auf die Darstellungen des Bearbeitungskonzeptes und vorliegender Zwischenergebnisse – positiv beschieden werden konnte.

Für die Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit und als Unterstützung für die Bearbeitung der jeweiligen wasserrechtlichen Anträge ist eine regelmäßige Information zum Planungsstand zwischen der MEAB und der zuständigen Unteren Wasserbehörde vereinbart worden.

Für das Gesamtvorhaben wird eine Fläche von insgesamt 3.442 m<sup>2</sup> neu versiegelt. Ein Konzept zur Entwässerung dieser neu versiegelten Flächen wird gemäß oben beschriebenem Konzept aktuell erarbeitet und in der 2. TG beigelegt. Sollten wasserrechtliche Erlaubnisse zur Direkteinleitung von unverschmutztem Niederschlagswasser notwendig werden, so werden diese gesondert, aber parallel zur 2. TG bei der zuständigen Behörde eingereicht.

#### 10.1.4 Bauzeitliche Wasserhaltung und Gründung

Für die Errichtung der Abgasreinigung (1. TG) ist im Rahmen der Gründungsmaßnahmen ggf. in geringem Umfang eine Grundwasserhaltung erforderlich.

Grundsätzlich werden im Rahmen der Bauphase Maßnahmen getroffen, um ein Eindringen von Schadstoffen in das Grundwasser zu vermeiden. Erhebliche Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung ist aufgrund der geringen neu zu versiegelnden Fläche nicht zu erwarten.

Ein Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis i. S. d. § 9 WHG nach § 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) für die bauzeitliche Wasserhaltung ist nicht Bestandteil des vorliegenden immissionsschutzrechtlichen Antrags und erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt, jedoch mit einem ausreichenden Prüfzeitraum vor Beginn der Bauaktivitäten. Hierfür wird nach Einreichung des Antrages zur 1. TG ein gesondertes wasserrechtliches Verfahren durchgeführt, in dem detaillierte Infos zur Wasserhaltung dargelegt werden.

Im Rahmen der 2. TG wird voraussichtlich eine umfangreichere Grundwasserabsenkung notwendig. Hier wird als Worst-Case-Abschätzung von bis zu ca. 1.000 m<sup>3</sup>/d über einen Zeitraum von ca. 200 d ausgegangen.

Bezüglich der zur Gründung der Bauwerke in den Boden einzubringenden Pfähle wird laut aktuellem Planungsstand von dem folgenden Bohrfahrlaster ausgegangen:

- Bohrpfähle  $\varnothing$  71 cm, Länge 8,0 m (mit  $\geq$  2,50 m Einbindung in die tragfähige Bodenschicht)
- im Raster 2,50 m x 2,50 m
- jeweils mit einer 1,40 m dicken Stb.-Bodenplatte.

#### 10.1.5 Löschwasserbedarf und Löschwasserrückhaltung

Im Rahmen der 1. Teilgenehmigung erfolgt keine Änderung des Bestands.

Ein Brandschutzkonzept wird im Rahmen der 2. Teilgenehmigung zum Neubau der Verbrennungslinie erstellt. Der Löschwasserbedarf sowie die Löschwasserrückhaltung wird im Rahmen der 2. Teilgenehmigung betrachtet und ggf. an den neuen Bedarf angepasst werden.

**10.2 Entwässerungsplan**

Nach Abschluss der Planungen und Abstimmungen zwischen der MEAB und der zuständigen Unteren Wasserbehörde über die zukünftige Wasserbewirtschaftung, wird ein vollständiger Entwässerungsplan erstellt und Bestandteil der Genehmigung für die 2. Teilgenehmigung.

**10.3 Beschreibung der abwasserrelevanten Vorgänge**

Die abwasserrelevanten Vorgänge der Rauchgasreinigung als Gegenstand der 1. Teilgenehmigung, sind unter Kapitel 10.1 aufgeführt.

**10.4 Angaben zu gehandhabten Stoffen**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.



**10.5 Maßnahmen zur Vermeidung von Abwasser**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.

**10.6 Maßnahmen zur Überwachung der Abwasserströme**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.

**10.7 Angaben zum Abwasser am Ort des Abwasseranfalls und vor der Vermischung**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.

**10.8 Abwassertechnisches Fließbild**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.

**10.11 Auswirkungen auf Gewässer bei Direkteinleitung**

Durch den Betrieb Rauchgasreinigung als Antragsgegenstand der 1. Teilgenehmigung, fallen keine Abwässer die einer Behandlung zugeführt werden müssen an.

**10.12 Niederschlagsentwässerung**

- ☐ Einleitung in die kommunale Regenwasserkanalisation (Indirekteinleiter)

Vorbehandlung

- ☐ Ja  
☒ Nein

- ☐ Direkteinleitung in das Grundwasser über

☐ Sickergraben, Sickerwasser

☐ Drainage

☐ Sickerschacht

☐ sonstige (benennen)

Vorbehandlung

- ☐ Ja  
☒ Nein

- ☒ Direkteinleitung in ein oberirdisches Gewässer

Vorbehandlung

- ☒ Ja  
☐ Nein

Findet eine Regenwassernutzung statt?

- ☒ Ja  
☐ Nein

Das Niederschlagswasser von nicht eingehausten bzw. überdachten Anlagenstandorten sowie Lager-, Abfüll- und Umschlagplätzen wassergefährdender Stoffe wird

- ☒ getrennt erfasst und abgeleitet (bitte ergänzende Beschreibung anfügen)  
☐ gemeinsam mit dem übrigen Niederschlagswasser abgeleitet